

**Anträge für die Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 06. Mai 2024**

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangs- datum	zust. Aus- schuss	Zustän- dige/s Amt /Ämter
Anträge				
167	Antrag der AfD/B-C-Fraktion: Kom- munales Cannabis-Verbot	2024-04-22	HFA	30
168	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: Anle- gen der Parkflächen an der Zeppelin- straße	2024-04-23	wurde gemäß § 16 Abs. 1 GO zurück- gewiesen	
169	Antrag der SPD/Volt-Fraktion: ÖPNV – Einführung Ringverkehr / Querver- bindungen	2024-04-23	DWA	61
170	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Regenbogenfahne als Zei- chen gegen Diskriminierung und Ge- walt	2024-04-23	HFA	10
171	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Einrichtung eines neuen Mi- nigolfplatzes im Bereich der Fulda- Aue	2024-04-23	ABK	61
172	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Berichtsantrag zur Wirt- schaftspolitik	2024-04-23	DWA	ZC
173	Antrag der Vertreterin Die PARTEI: Keine weitere Sperrung des Schloss- gartens	2024-04-23	SKA	41

Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



167

Die Stadtverordnetenversammlung
Eing.: 22. April 2024
[Signature]

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Berichtersteller

PIERRE LAMELY

Datum

21.04.2024

Kommunales Cannabis-Verbot

Nach langer politischer Auseinandersetzung hat der Bundestag am **Freitag, 23. Februar 2024**, den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zum kontrollierten Umgang mit Cannabis“ (20/8704¹, 20/8763²) gebilligt. Ärzteverbände³, Richterbund und Polizeigewerkschaft⁴, sowie weite Teile der Gesellschaft kritisieren dieses Gesetz. Schausteller fordern ein Verbot auf Kirmes und Schützenfesten⁵.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Cannabis-Verbot an möglichst vielen öffentlichen Plätzen und Festen zu erlassen. Wo die Stadt nicht selbst zuständig ist, soll sie höhere Behörden auffordern, eine entsprechende Allgemeinverfügung zu erlassen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine umfassende Aufklärungskampagne zu initiieren. Ziel dieser Kampagne soll es sein, die Bevölkerung über die potenziellen Risiken und gesundheitlichen Auswirkungen des Cannabis-Konsums zu informieren und aufzuklären.

Begründung:

Die Legalisierung des Cannabis-Konsums stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen. „Kiffen in der Öffentlichkeit“ wird das Stadtbild sicherlich nicht positiv beeinflussen. Deshalb soll über ein umfangreiches Verbot einem Umsichgreifen des Konsums entgegengewirkt werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Bevölkerung umfassend über die Risiken aufgeklärt wird, die mit dem Konsum von Cannabis verbunden sind. Dazu gehören unter anderem

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008704.pdf>

² <https://dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008763.pdf>

³ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-pa-gesundheit-cannabis-970114>

⁴ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-03/cannabis-legalisierung-bundesrat-justiz-polizei-kritik>

⁵ <https://www.fuldainfo.de/schausteller-fordern-cannabis-verbot-auf-kirmes-und-schuetzenfesten/>

Abhängigkeitsrisiken, psychische Gesundheitsrisiken, die negativen Auswirkungen auf Jugendliche und das Risiko für Schwangere und stillende Mütter sowie die gesteigerten Unfallrisiken im Straßenverkehr und im Bereich des Arbeitsschutzes.

Ziele der Kampagne:

- Entwicklung und Verbreitung von Informationsmaterialien, die über die Risiken des Cannabis-Konsums aufklären.
- Organisation von Informationsveranstaltungen und Workshops für verschiedene Zielgruppen, einschließlich Jugendlicher, Eltern und Lehrkräfte.
- Zusammenarbeit mit Schulen, Gesundheitseinrichtungen und lokalen Organisationen, um die Reichweite der Kampagne zu maximieren.
- Bereitstellung von Ressourcen für die Unterstützung von Personen, die negative Auswirkungen durch den Cannabis-Konsum erfahren.

Mit freundlichen Grüßen


Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -


Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

168

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 27. April 2024
F. Se.

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda, Schlossstraße, 5 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlossstraße 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
spd-fraktion.fulda@t-online.de
17.04.2024

ANTRAG

Die SPD/Volt Fraktion beantragt:

Beim Parken an der Zeppelinstraße mit der Mitbenutzung eines Teiles des Gehweges ist hier eine Markierung so anzubringen, dass Kinderwagen, Rollstühle, Rollatoren usw. den Gehweg benutzen können und nicht gezwungen sind, aus Platzmangel auf die Straße auszuweichen.

Vor den Hauseingängen der Zeppelinstraße 2 und 4 ist eine durchkreuzte Markierung anzubringen, damit das problemlose Handeln der Rettungsdienste gewährleistet wird.


Jonathan Wulff
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatteerin
Edith Bing

Sozialdemokratische Partei Deutschlands/Volt SPD/Volt-Stadtverordnetenfraktion Fulda

169

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 23. April 2024
<i>f. Ste.</i>

SPD – Stadtverordnetenfraktion Fulda, Schlossstraße 5, 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 F U L D A

Schlossstr. 5
36037 Fulda
Tel.: 0661/73600
Fax 0661/9016314
spd-fraktion.fulda@t-online.de
11.04.2024

A N T R A G

ÖPNV - Einführung Ringverkehr /Querverbindungen

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt, dass der bisherige sternförmige städtische Busverkehr durch einen Ringverkehr und verschiedene Querverbindungen erweitert wird.

Begründung:

Wer beispielsweise von der Fulda-Galerie oder Sickels zum Gesundheitszentrum in das Münsterfeld möchte, muss erst umständlich über die Innenstadt fahren. Es gibt für diese Linien keine Schnittstelle westlich der Fulda. Wie auch in der 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplans (Seite 102) angeregt, könnte dazu die vorgesehene Planungslinie J3 genutzt werden.

Vorgeschlagen wird zum Beispiel auch, ein stündlicher Ringverkehr über Petersberg – Lehnerz – Niesig - Horas – Maberzell - Haimbach – Sickels – Johannesberg – Bronnzell – Edellzell -Klinikum -Petersberg.


Fraktionsvorsitzender
Jonathan Wulff

Berichterstatter
Robert Vey

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

170

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 23. April 2024

M. Hartmann

Fulda, 23.04.2024

Antrag zu Regenbogenfahne als Zeichen gegen Diskriminierung und Gewalt

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass am diesjährigen IDAHOBIT (17.05.2024) und am Christopher Street Day (Samstag, den 22.06.2024) das Fuldaer Stadtschloss sowohl in der Schlossstraße als auch am Eingang Pauluspromenade mit Regenbogenfahnen, als Zeichen für Akzeptanz und gegen Diskriminierung und Gewalt, beflaggt wird.

Begründung:

Als Zeichen für ein vielfältiges Fulda zeigt die Stadt „Flagge“ für Vielfalt, Akzeptanz und ein diskriminierungsfreies Miteinander. Das Recht, ohne Angst vor Übergriffen und Diskriminierung in einer solidarischen und vielfältigen Gesellschaft leben zu können, ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer freiheitlichen Demokratie. Gerade in Zeiten, in denen nicht nur Regenbogenfahnen vermehrt beschädigt oder abgerissen werden, sondern auch Gewalt gegen queere Personen zunimmt, ist es wichtig, ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

Silvia Brünnel



Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

0661 74924

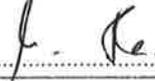
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

171

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 23. April 2024



Fulda, 23.04.2024

Antrag zur Einrichtung eines neuen Minigolfplatzes im Bereich der Fulda-Aue

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, einen neuen Minigolfplatz im Bereich der Fulda-Aue zu planen und zu errichten.

Begründung:

Die Minigolfanlage im Schlossgarten ist seit Jahren für die Öffentlichkeit geschlossen. Vor seiner Schließung war dies ein beliebter Treffpunkt für alle Altersgruppen, insbesondere für Familien.

Ein neuer Minigolfplatz ist eine ideale Bereicherung für die Freizeitanlagen in der Fulda-Aue und würde die Attraktivität des Naherholungsgebietes zusätzlich steigern. Das ehemalige LGS-Gelände bietet sich hervorragend dafür an.

Alternativ dazu könnte auch der bisherige Standort im Schlossgarten saniert und der Öffentlichkeit erneut zugänglich gemacht werden.

Ernst Sporer



i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

| stadtfraktionfd@gruene-fulda.de

| 0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1

36037 Fulda

172

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 23. April 2024

M. Hartmann

Fulda, 23.04.2024

Berichts Antrag zur Wirtschaftspolitik

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt einen Berichts Antrag zur Wirtschaftspolitik. Der Bericht soll sich an den in der Begründung skizzierten Themenstellungen orientieren.

Begründung:

Wirtschaftspolitik ist auf kommunaler Ebene teilweise auf die Gewerbesteuer und verschiedene Umlagen, also die finanziellen Aspekte der Wirtschaftspolitik, reduziert. Als Querschnittsaufgabe kommt diesem Bereich darüber hinaus eine wichtige Bedeutung zu, die sich unter anderem in der Zuweisung zu einem eigenen Ausschuss (Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr) widerspiegelt. Die geringe Anzahl von wirtschaftsspezifischen Anfragen, Anträgen und Vorlagen lässt einen grundsätzlichen Berichts Antrag sinnvoll erscheinen.

Nach welchen Kriterien bewertet der Magistrat seine Wirtschaftspolitik?
Welche Kennzahlen, Indikatoren, Parameter liegen der Bewertung zugrunde?

Der hohe Anteil der Industrie an den CO₂-Emissionen der Stadt hebt die Bedeutung der Wirtschaft auch in diesem Bereich hervor. Wie wird dieser Aspekt künftig in der städtischen Wirtschaftspolitik berücksichtigt? Welche Aufgaben sieht die Stadt im Transformationsprozess hin zu Klimaneutralität auf sich zukommen?

Fachkräfte in der Region auszubilden oder in die Region zu holen, stellt eine große Herausforderung dar. Durch welche Maßnahmen unterstützt der Magistrat die heimischen Unternehmen dabei?

Ist aus Sicht der Stadt zukünftig Bedarf an weiteren Flächen zur industriellen oder gewerblichen Nutzung zu erwarten? Falls ja, wie soll zusätzliche Flächenversiegelung kompensiert werden?

Wie hat sich die Anzahl der Unternehmen in der Stadt seit 2020 verändert? Wie viele Gründungen gab es, wie viele Unternehmen wurden abgemeldet?

Gibt es bisher Wirtschaftsförderprogramme oder finanzielle Zuschüsse aus Eigenmitteln der Stadt.

Steffen Pichl

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'SP', written in a cursive style.

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Stadtfraktion Fulda

123

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 27. April 2024

[Handwritten signature]

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 • 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de • ute@riebold.eu
Fulda, 23.04.2024

Antrag
SVV 06.05.2024

Keine weitere Sperrung des Schlossgartens

Beschlussvorschlag

Das Schlossgartenparterre wird während Veranstaltungen auf dem Domplatz nicht wieder gesperrt.

Begründung

In der Regierungszeit des aktuellen Triumvirats wurde leider regelmäßig das Schlossgartenparterre während Konzert- und Musicalveranstaltungen für den Publikumsverkehr gesperrt, obwohl die Fläche nicht als Fluchtweg oder für sonstige sicherheitsrelevanten Erfordernisse benötigt wird. Dass der Schlossgartenzugang von der Pauluspromenade aus während dieser Zeit nicht möglich ist, mag möglicherweise berechtigt sein, auch wenn damit Wegebeziehungen für viele Menschen gekappt sind. Eine sicherheitsrelevante Berechtigung hat allerdings, zu verhindern, dass Menschen auf die Mauer oder das Tor des Schlossgartens klettern, um die Veranstaltungen zu sehen.

Dafür hat in früheren Jahren ausgereicht, den Weg entlang der Mauer im Schlossgarten zu sperren.

Es ist weder gerecht noch sinnhaft, Menschen aufgrund einer Kulturveranstaltung ihren Begegnungs- und Erholungsraum zu nehmen.

Ute Riebold
Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



Die PARTEI